

22. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 16. April 1958

261/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r , Z e i l l i n g e r ,  
Dr. Z e c h m a n n , Dr. P f e i f e r und Genossen  
an die Bundesregierung,  
betreffend die Wiedereinführung der Todesstrafe.

-.---.--.

Angesichts der bedrohlichen Häufung von Blutverbrechen, welche die Bevölkerung in ausserordentliche Unruhe versetzen, weil sie sich durch die vorgesehene Art der Bestrafung nicht geschützt weiss, erscheint es notwendig, im Parlament neuerlich über die Wiedereinführung der Todesstrafe zu verhandeln.

Die Freiheitliche Partei ist dabei der Auffassung, dass die Abstimmung darüber geheim zu erfolgen habe, da es sich bei dieser Entscheidung um eine Gewissensfrage handelt, die jedes Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft ohne Parteibindung entscheiden soll. Falls die Einführung der Todesstrafe nicht die Zustimmung des Nationalrates finden sollte, wäre zumindest die Handhabe zu schaffen, dass das erkennende Gericht bei besonders verabscheuungswürdigen Verbrechen die Möglichkeit habe, die vorzeitige Haftentlassung im Urteile auszuschliessen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, im Sinne der oben ausgeführten Gedanken dem Nationalrat ehestens einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Wiedereinführung der Todesstrafe ermöglicht, allenfalls die vorzeitige Entlassung durch den Urteilsspruch ausschliesst?

-.---.--.